

SPEZIALDEBATTEN

ÖVP

Gemeinderat Mag. Klaus FRÖLICH

Hoher Gemeinderat, Herr Bürgermeister, Herr Finanzstadtrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Graz, die Stadt an der Mur, keine Sorge, ich werde Sie nicht wieder auf das Wasser entführen, ich werde im Trockenen bleiben. „Die Natur der Natur ist Veränderung“ hat uns Johann Wolfgang von Goethe mitgegeben und tatsächlich stehen wir am Beginn des 21. Jahrhunderts vor grundlegenden Veränderungen, wie wir sie heute schon in vielen Bereichen angesprochen haben.

Das trifft natürlich auch und insbesondere öffentliche Hände, die Städte und Gemeinden, Innovationsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit heißt die Herausforderung.

Mit dem uns vorliegenden Budget, meine Damen und Herren, und natürlich mit der Umsetzung der Maßnahmen der Aufgabenkritik beweist Graz unter Bürgermeister Nagl und all jenen Stadtregierungsmitgliedern, die Verantwortung mittragen und übernehmen, dass man bereit ist, diese Herausforderung durchaus anzunehmen und sich dieser Aufgabe auch zu stellen.

Mehr denn je ist es opportun Abläufe und Aufgaben im eigenen Hause zu durchleuchten, zu analysieren und neu und zeit- und kostengerecht zu restrukturieren. Nachhaltig, unter Einbindung aller, mit begleitendem Controlling über die nächsten Jahre.

Mehr denn je, meine Damen und Herren, muss es aber auch gestattet sein zu hinterfragen jede einzelne Subvention, jede einzelne Ausgabe, jede Investition, aber auch jede Sozialleistung, ohne aber Graz zuzusperren, oder einfach einen Schnitt durch den Kuchen, wie das Wolfgang Riedler früher gemeint hat, zu machen. Mehr

denn je, meine Damen und Herren, ist der Weg der Konsolidierung zu gehen, ohne auf einen Irr- oder Abweg des Stillstandes zu kommen (*Applaus ÖVP*).

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich aber auch an all jene appellieren, die Graz ob der strukturellen Veränderungen so gerne schlechtreden.

Schauen wir vielleicht über den Tellerrand hinaus und lassen wir dabei die Kirche im Dorf. Wien hat eindrucksvolle 200.000 Gemeindewohnungen ausgegliedert, sein Kanalnetz verkauft, verkauft jetzt ein Bad nach dem anderen. München verkauft öffentliche Gebäude, allen voran das eigene Rathaus, und deutsche Städte reduzieren reihenweise das Angebot an öffentlichem Verkehr. So schaut es aus, Herr Kollege Schmalhardt.

Sagen Sie das, meine Damen und Herren von der kommunistischen Partei dazu, wenn Sie das nächste Mal aus der Stadtkasse 600.000.- Euro Volksbefragungskosten verursachen (*Applaus ÖVP*), und ich sage auch eines dazu, das meine ich mit dem gleichen Ernst. Mir ist natürlich bewusst, dass Demokratie Geld kostet, aber mir ist auch bewusst geworden, dass dort, wo sich Kommunisten der Demokratie bedienen offenbar besonders viel Geld im Spiel sein muss (*Applaus ÖVP*). Und noch etwas darf ich Ihnen sagen, ich habe gerade in Ihren Ansätzen zu einer romantischen wirtschaftsprogrammatischen Ideenwelt einige Dinge gehört, die kann ich so nicht stehen lassen. Sie sprechen von Verteilungsgerechtigkeit, Herr Kollege Schmalhardt, Verteilungsgerechtigkeit ist das Resultat von Wirtschaftswachstum und keine Bedingung für Wirtschaftswachstum. Vollbeschäftigung ist das Resultat einer guten Wirtschaftspolitik und nicht in irgendeiner Form von etwas, was man sich herbeiwünschen kann. Aber auch Nachhaltigkeit, finanzielle Nachhaltigkeit in der Wirtschaftspolitik kann nur funktionieren, wenn man nicht jeden Ansatz von Reformpolitik ad absurdum führt und ablehnt (*Applaus ÖVP*).

Ich darf Ihnen noch etwas sagen. Ich bin davon überzeugt, und wir können das überall nachlesen, Graz, meine Damen und Herren, ist auf Grund der Veränderungen, der regionalen Veränderungen und der EU-Erweiterung ganz sicher Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt ersten Ranges in der EU-Region Südost-Europa. Nicht nur ob der geopolitischen Lage. Wenn ich in der Folge einige

Wirtschaftsaspekte ansprechen darf, dann aus meiner tiefen inneren Überzeugung, dass es den Menschen in dieser Stadt nur dann gut gehen kann, wenn es der Wirtschaft und den Betrieben gut geht, denn das ist in Wahrheit der Motor und die Lebensader jeder Stadt auf dieser Welt (*Applaus ÖVP*). Ich sage Ihnen auch, dass für mich wirtschaftspolitische Zielsetzungen wie Wachstum, Produktivität, Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit weniger im Widerspruch als in guter Verträglichkeit mit sozialpolitischen Zielsetzungen stehen, und der Herr Stadtrat Riedler hat das ja auch in seinem Statement ein wenig angesprochen.

Und so darf ich Ihnen ein paar beeindruckende Ziffern sagen: 99 Prozent der Betriebe sind sogenannte KMU's, Klein- und Mittelbetriebe, und diese KMU's sind sichern 65 Prozent aller Arbeitsplätze. Vor diesem Hintergrund halte ich es für den Standort Graz für enorm wichtig und freue mich darüber, dass wir jüngst erst im Ausschuss die Errichtung des KMU Innovations- und Transferzentrums beschlossen haben.

Hier wird zukünftig der Wissenstransfer von der TU und der FH-Campus 02, also von dort, von den Stelen, wo Wissen generiert wird, zu den Klein- und Mittelbetrieben transportiert, koordiniert und zu diesen Know-how-Abnehmern der Wissenstransfer gefördert.

Wie überhaupt ja dieser Wissenstransfer ein ganz zentraler Punkt der Wirtschaftsstrategie ist, den wir hier im Gemeinderat beschlossen haben, und mit diesem Projekt beweisen wir auch, wie und wo man Geld, gerade dann, wenn wenig verfügbares Kapital da ist, ganz gut einsetzen und investieren kann, hier haben wir zum Beispiel zwei Benefits, wenn Sie so wollen:

Erstens beträgt die Beteiligung der Stadt an diesem zukunftssträchtigen Transferzentrum 10 % an den Gesamtkosten, das bedeutet, mit 125.000.—Euro aktivieren wir, beziehungsweise holen wir die restlichen 90 Prozent der Investitionskosten von EU, von steirischer Wirtschaftsförderung, von Fachhochschule Campus 02 in die Stadt.

Und zweitens prognostiziert das Wirtschaftsforschungsinstitut, genau in diesem Bereich der KMU's, im Dienstleistungsbereich und im Hightech-Bereich Beschäftigungszuwächse und sagt dazu, dass in Zukunft nur konkurrenzfähig sein wird, wer in Forschung, Bildung und neue Technologien investiert.

Und hier, wie gesagt, ist unser Geld, meine Erachtens, gut investiert, denken wir auch an die drei Start up Center, Frauengründerinnencenter, Bussiness-Incubator und Start-up-Center Reininghaus, wo insgesamt jetzt schon 42 neu gegründete Firmen 106 Arbeitsplätze sichern (*Applaus ÖVP*).

Wenn wir in diesem Zusammenhang die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Graz nachhaltig sicherstellen wollen, gilt es, meines Erachtens, ein klares Bekenntnis abzugeben zum Ausbau von Forschung und Entwicklung und zur Hinwendung zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft, denn Wirtschaft, meine Damen und Herren, Wirtschaft heißt heute nicht mehr qualmende Schloten, Wirtschaft heißt rauchende Köpfe (*Applaus ÖVP*).

Und diese Köpfe, meine Damen und Herren, die rauchen in Graz ganz gewaltig und da meine ich jetzt nicht die Häupter der Stadtregierungsmitglieder nach der Budgeterstellung, sondern die Köpfe jener, die hier in Graz, dem größten österreichischen Fachhochschulstandort, eine der beiden Fachhochschulen absolviert haben. Wir haben 2.000 Absolventen in diesem Bereich, wir haben über 40.000 Studierende an vier Universitäten, wir haben acht Kompetenzzentren, wir haben Spezialforschungsbereiche bis hin zum Stronach-Institut.

Und hier, glaube ich, dass dieser Bildungscluster eine gewaltige, wie ich glaube, monetär kaum messbare Investition in die Zukunft, in ein Humankapital ist, das uns reicher macht und wohlhabender macht als viele, viele andere Städte Europas (*Applaus ÖVP*). Eine tragfähige Wasserstraße sozusagen, wenn ich das mit Eva-Maria Fluch sagen darf.

Und ich erwähne noch einmal, dass auch das Institut für höhere Studien prognostiziert, und das sind die Fakten, die Wirtschaft sucht zunehmend junge Arbeitskräfte mit erstklassiger Qualifikation.

Aufgrund der vorhin erwähnten Investitionen in die Wissens-Zukunft prognostizieren EU-Studien in Graz nach der EU-Erweiterung als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort zweistellige Zuwachsraten. Denken Sie an Betriebe wie Roche-Diagnostics, der beste Beweis für diese Entwicklung im High-tech-Bereich, ein Weltkonzern, der sich hier niederlässt, der Wissen transportiert, der Wissen in die Welt hinaus exportiert.

2000 Einwohner mehr bescheinigt uns das zentrale Melderegister, da hilft das ganze Krankjammern nichts. Graz wächst wieder, hier ist der Turn-around offenbar geschafft, ich wünsche mir diese Entwicklung in Zukunft auch für Betriebe und Unternehmen, wenn Sie bedenken, dass 75 Millionen Euro heute schon an Kommunalsteuern in das Budget einfließen.

Das Umfeld für eine weitere positive Entwicklung halte ich für gut, meine Damen und Herren, 4,8% Wirtschaftswachstum in der Steiermark, das beste aller Bundesländerergebnisse, ein Beschäftigungsplus von 0,4 % und sinkende Arbeitslosenquoten in der Höhe von 5,4 % in der Steiermark.

Und auch die Touristiker zeigen zu Recht, wie ich meine, optimistisch, haben wir doch nach dem fulminanten 2003er-Jahr in der Nächtigungsstatistik ein Plus von 8,4 % gegenüber 2002. Das zum Thema Nachhaltigkeit, Herr Kollege Schmalhardt. Das „schwarze Loch“ haben wir nicht nur nicht betreten und sind nicht hineingefallen, das hat es gar nicht gegeben, das wurde herbeigeredet (*Applaus ÖVP*). Das erklärte Ziel der Touristiker, bis 2008 eine Million Nächtigungen zu schaffen, das ist ein Teil der Wirtschaftsstrategie und das wird Graz zur drittgrößten Fremdenverkehrsgemeinde Österreichs machen (*Applaus ÖVP*). Das geht, das hat der Herr Kollege Zenz ja dankenswerterweise schon erwähnt, natürlich auch auf Grund der großartigen Investitionen, wie Mur-Insel, Schloßberglift etc.

Der Tourismus ist ja eines der Kerngeschäftsfelder der Wirtschaftsstrategie, wie ich Ihnen gesagt habe, wobei wir in Zukunft natürlich die Segmente Städte-, Kultur-, Seminar- und Kongresstourismus weiter entwickeln werden müssen, und in diesem Zusammenhang auch mit Neuausrichtung und Neuorientierung des Messequadranten, aber auch der Messe als Gesellschaft ein wichtiger Schritt gerade

in Umsetzung oder schon getan ist, so hat, bitte bedenken Sie, die Grazer Stadthalle den operativen Verlust um zwei Drittel niedriger halten können als schon vorsichtig prognostiziert. Und die angedachte Zusammenführung von Messe und Congress wird eine weitere Bündelung der Kräfte und weitere Synergien bringen (*Applaus ÖVP*).

Für Graz, glaube ich, wird es in den nächsten Jahren gelten, was auch für die meisten Städte Europas gilt, es wird eine Herausforderung sein, sich der prognostizierten Zunahme des motorisierten Individualverkehrs bis 2010 um etwa zehn bis zwölf Prozent zu stellen. Wir werden nicht einfach europaweite Trends durch romantische Realitätsverweigerung brechen können, ohne der Stadt damit nachhaltig einen Schaden zuzufügen.

Wir wissen heute, dass zur Sicherung der Standortqualität die gute Erreichbarkeit mit allen Verkehrsmitteln eine Voraussetzung ist. In diesem Zusammenhang ist auch die erfreuliche Entwicklung des Grazer Flughafens als Tor zur Welt zu erwähnen. Graz ist ja eine der wenigen Städte, die behaupten kann, über die Grazer Stadtwerke diesen Flughafen in eigenen Händen zu halten, wir haben dort 900.000 Passagiere. Eine Chance für die Stadtwerke, internationale Verbindungen aufzubauen und die Chance für die Stadtwerke, im einträglichen Cargo-Geschäft in Zukunft zu punkten.

Wie überhaupt Flächenbevorratung und Projektentwicklung bis hin zu tragfähigen und gut vermarktaren, attraktiven Park-&-Ride-Lösungen, attraktive leistbare Kombiangebote also zwischen allen Verkehrsmitteln, ein Miteinander aller Verkehrsmittel und eine vorausschauende Bewirtschaftung der Blauen Zonen unter Einbindung der Betroffenen die Herausforderung sein werden.

Und hier, glaube ich, haben wir mit der GPG, über die heute schon gesprochen wurde, einen sehr richtigen und einen sehr professionellen Weg begonnen, diese Aufgaben zu lösen, diesen Weg, meine Damen und Herren, gilt es fortzusetzen, wir haben mit Geschäftsführer Janezic einen hervorragenden Experten, der diese Probleme mit profundem Fachwissen für uns lösen wird und an sie herangeht (*Applaus ÖVP*).

Wir müssen uns aber auch entscheiden, wie ernst wir die Verkehrsprobleme nehmen, wenn wir gute, tragfähige und vor allem umsetzbare Projekte, die hier in klarer Erfüllung des Unternehmensauftrages entwickelt wurden, aus rein politischen Gründen aussortieren und die Umsetzung verweigern, meine Damen und Herren von den Oppositionsparteien.

Wenn man den Verkehr und Erreichbarkeit der Stadt ins Auge fasst, dann drängt sich natürlich auch das Thema Innenstadt auf. Ich bin davon überzeugt, dass es hier der einzig richtige Weg war, ist und sein wird, sich zum professionellen Handelsmarketing und damit der Grazer Handelsmarketing Gesellschaft zu bekennen (*Applaus ÖVP*).

Wir müssen die Attraktivität der Grazer Innenstadt professionell darstellen, den Menschen und potenziellen Kunden und allen Zielgruppen darstellen, dass Einkaufen in Graz nicht nur der Austausch von Ware gegen Geld ist, sondern es gilt bewusst zu machen, dass Graz ein Weltkulturerbe, eine einzigartige Altstadt als Kulisse bereithält, ein unverwechselbares Flair, einfach die Marke Graz, die es zu positionieren gilt, bietet.

Das sind wir jenen 5.000 Handelsbetrieben mit 18.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ihren Familien einfach schuldig, diese Arbeitsplätze und diese Betriebe zu sichern, und die Grazer Handelsmarketinggesellschaft geht hier den richtigen Weg, wenn ich an die enorm erfolgreiche Aktion „Erste Stunde gratis Parken“ denke, wo mit je 10.000,- Euro, zusammen mit der GPG, Einsatz ein Werbewert von 250.000,- Euro erreicht wurde.

Aber ich möchte zum Abschluss und in diesem Zusammenhang dazu aufrufen, darüber nachzudenken, wie wir in Zukunft als Konzern Graz mit unseren Konzern-Töchtern umgehen wollen. Es kann doch nicht sein, dass wir hier im Gemeinderat uns politisch auf die Errichtung einer Gesellschaft verständigen, nicht ohne vorher in den Ausschüssen ausführlich Dialog und Diskussion geführt und gesucht zu haben und dann, wenn eine Gesellschaft beginnt, klar und erfolgreich die Erfüllung des Unternehmensauftrages wahrzunehmen, mit der politischen Keule wieder auf sie einschlagen.

Das ist unprofessionell, fügt der Stadt Schaden zu und führt dazu, dass die Menschen zu Recht fordern, von der Politik mehr Ernsthaftigkeit und Berechenbarkeit erwarten zu können (*Applaus ÖVP*).

Mit dem Weg, der mit diesem Budget beschriftet wird, ist Graz auf einem guten Weg in die Zukunft, und ich bitte, dass wir diesen Weg gemeinsam für unser Graz gehen. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

SPÖ

Gemeinderätin Christa W A R M U T H

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, werte Mitglieder der Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Wenn schon ein leere Briefftasche als schwerste Last gilt, wie schwer muss dann erst die Last gewesen sein, die unser Finanzreferent Wolfgang Riedler mit der Übernahme des Minus in der Stadtkasse zu tragen hatte? Ich will gar nicht wissen, wie viele schlaflose Nächte die Erarbeitung dieses Budgetentwurfs bereitet hat – aber im Endeffekt ist ein ausgezeichnetes Budget für 2005 entstanden (*Applaus SPÖ*).

Ausgezeichnet nicht zuletzt auch deshalb, weil es trotz der uns allen bekannten Finanzlage gerade im Sozial- und Gesundheitsbereich so eindrucksvoll zeigt, wie ernst unsere Stadt ihre Verpflichtungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nimmt.

Gerade die Betreuung betagter und kranker Mitbürger und Mitbürgerinnen stellt enorme Anforderungen an die öffentliche Hand. Der Bedarf an einer adäquaten Altenbetreuung ist enorm im Steigen. Waren im Jahr 2000 noch 20 Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre alt, so werden es im Jahr 2030 bereits über 35 Prozent sein. Die Anzahl der über 85-jährigen steigt von zurzeit 140.000 auf nahezu 500.000 Österreicher und Österreicherinnen im Jahr 2035.

Dieser demografischen Entwicklung tragen die Geriatrischen Gesundheitszentren der Stadt Graz nunmehr durch die Errichtung des Geriatrischen Krankenhauses II Rechnung - das Geriatrische Krankenhaus II steht vor Baubeginn! Nach jahrelangen Bemühungen ist es gelungen, eine Zweidrittel-Finanzierungsbeitrag des Landes in der Höhe von 17,5 Millionen Euro zu erwirken, der steirische Landtag hat dem am 2. Dezember einstimmig zugestimmt. Der Startschuss für die Errichtung einer

Versorgungsinstitution mit einer Kapazität von 142 Betten ist damit gefallen (*Applaus SPÖ*).

Damit gibt es in unserer Stadt ein Stück an sozialer Sicherheit mehr! Das ist ein Erfolg für Bürgermeister-Stellvertreter Walter Ferk und seine konsequenten, beharrlichen und kompetenten Verhandlungen mit dem Land! (*Applaus SPÖ*). Lieber Walter, du hast es in der Geschichte der Stadt Graz erstmals erreicht, dass ein städtisches Krankenhaus zu zwei Dritteln vom Land Steiermark finanziert wird. Graz wird ein zweites Geriatriisches Krankenhaus und das erste Demenzkrankenhaus Österreichweit beherbergen (*Applaus SPÖ*).

Das war erst ein Beispiel der beachtlichen Erfolgsarbeit der GGZ im heurigen Jahr. Weitere Beispiele sind die Aufnahme des Geriatriischen Krankenhauses in die Steirische Krankenanstaltenfinanzierung, kurz: SKAFF, die eine leistungsbezogene Versorgung pflegebedürftiger Personen ermöglichen sowie das Projekt „Albert Schweitzer Hospiz“ – hier soll ein Haus mit 16 Einbettzimmern entstehen.

Mit den Geriatriischen Gesundheitszentren beweist die Stadt Graz, wie sie mit Verantwortung im sozialen und gesundheitlichen Bereich umgeht. Die Stadt Graz geht mit ihrer Entwicklung in der Gesundheitspolitik einen europaweit exemplarischen Weg! Mit ihrer Leistungspalette werden die GGZ den gesteigerten qualitativen Anforderungen in der Altenbetreuung mehr als gerecht. Aus ganz Europa kommen Gesundheitsexperten/-expertinnen nach Graz, um sich die Geriatrie anzuschauen. Das ist ein Kompliment für die hervorragenden fachlichen, menschlichen und sozialen Leistungen der gesamten Belegschaft unserer Geriatriischen Zentren (*Applaus SPÖ*). Aber glauben Sie mir eines, das schönste Kompliment sind zufriedene Patientinnen, Patienten und Angehörige (*Applaus SPÖ*).

Auch in finanziell schwierigen Zeiten die hervorragende Qualität in unseren Altenbetreuungseinrichtungen nicht nur zu halten, sondern kontinuierlich auszubauen, wie dies Walter Ferk vorexerziert, nenne ich verantwortungsvolles, verantwortungsbewusstes und zukunftsorientiertes Handeln. Dazu gehört natürlich auch, für das Pflegepersonal, für die Ärztinnen und Ärzte und die Angehörigen jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die sie brauchen, um unseren betagten

Mitbürgerinnen und Mitbürgern am Ende ihres Weges persönlich und menschlich würdig beistehen zu können – so wie dies eben erfolgt! (*Applaus SPÖ*).

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ein Blick über die Grenzen zeigt uns, dass die Aufrechterhaltung sozialer Standards keine Selbstverständlichkeit ist. Das heißt, wir brauchen – wenn wir die Belastungen der Bundesregierung, die Rezeptgebühren etc. bedenken – nicht einmal über die Grenzen zu blicken. Die ersten Ansätze für einen sozialen Kahlschlag haben wir in den letzten Jahren auch schon von Bundesebene her registrieren müssen.

So gesehen bin ich stolz darauf, dass es in Graz – unter Federführung eines sozialdemokratischen Bürgermeister-Stellvertreters, eines sozialdemokratischen Finanzreferenten und natürlich vor allem einer sozialdemokratischen Sozial-, Jugend, Familien- und Frauenstadträtin - anders ist. Ich rede jetzt gar nicht von den Kosten für die Sozialhilfe, die Behindertenhilfe oder die Jugendwohlfahrt, die, obwohl sie auf gesetzlichen Grundlagen basieren, von manchen immer wieder kritisiert werden.

Ich will dazu nur eines sagen: Der moralische Wert einer Gesellschaft zeigt sich für mich darin, wie man mit den Schwächeren, den nicht so Lauten, mit jenen, die sich nicht so artikulieren können, die keine mächtigen Lobbys hinter sich haben, umgeht. Und ich bin froh, dass sich unsere Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl als eine „Stimme für die Leisen“ versteht (*Applaus SPÖ*).

Das mag zwar manchmal dem einen oder anderen unbequem bis unangenehm sein, aber genau das macht die Qualität dieser Stadträtin aus: Lobbying für die sozial Schwächeren, für Kinder, für Jugendliche, für Familien und Frauen zu betreiben. Und genau das schlägt sich in den Arbeitsschwerpunkten Tatjana Kaltenbeck-Michls nieder.

Was wäre die Stadt Graz ohne ihr dichtes Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen? Ohne mobile Jugendarbeit? Ohne Kindererholung? Ohne Fraueninitiativen? Ohne Essenzustelldienst, ohne eine Zentralküche, die jährlich mehr als 1,3 Millionen Essensportionen für die Gesundheitszentren, die Tageszentren und die

Kinderbetreuungseinrichtungen zubereitet. Graz hat dies alles, und unsere Stadt wird sich das auch in Zukunft leisten – und das darf uns alle mit Stolz erfüllen.

Denn die Lebensqualität einer Stadt beruht in zweiter Linie auf Bauten, auf Events, auf kostenintensiven Einmalereignissen: die Lebensqualität beginnt zu allererst im Täglichen, im Alltag. Und insofern erachte ich es auch als die vorrangigste Aufgabe der Politik, für die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu sorgen, um den Alltag nicht bloß bewältigen, sondern Alltag leben zu können (*Applaus SPÖ*). Das ist mit diesem Budget gelungen, und dazu gratuliere ich allen dafür Verantwortlichen. Denn die Ausgangsposition war, wie wir heute schon mehrfach gehört haben, keine gute, die so genannte Aufgabenkritik hat großer Kraftanstrengungen bedurft – als umso gelungener kann daher dieser vorliegende Budgetentwurf bezeichnet werden, der eine soziale, eine sozialdemokratische Handschrift trägt! Ich danke Ihnen (*Applaus SPÖ*).

K P Ö

Gemeinderätin Mag. Ulrike T A B E R H O F E R

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

„Wir leben über unsere Verhältnisse, die Ansprüche müssen zurückgeschraubt werden, sparen, sparen, sparen ist angesagt“ – so denken viele, so lesen wir es tagtäglich in den Zeitungen. Vielfach bekommen wir zu hören, dass kaum ein Spielraum zur Gestaltung und Umsetzung kommunalpolitischer Aufgaben gegeben ist. Vor einem solchen Diskussionshintergrund, abgesehen davon, wo die Ursachen für diese aktuellen Finanzprobleme liegen, stellte sich die Frage, welche politischen Bereiche unabdingbar von der öffentlichen Hand finanziert werden müssen, um das Leben der Menschen in unserer Stadt verbessern und absichern zu können, und ein wesentlicher Schwerpunkt ist für mich die Sozialpolitik, und hervorheben möchte ich insbesondere die Situation der Frauen in unserer Stadt (*Applaus KPÖ*).

Wir wissen, dass in unserer Gesellschaft Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit in allen Bereichen für Männer und Frauen nicht gegeben sind. Die Tatsache, dass Frauen im Beruf benachteiligt, immer mehr in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt werden, viel weniger verdienen als Männer, dass noch immer die althergebrachte Rollenverteilung zwischen Mann und Frau Gültigkeit hat und dass Frauen von Armut im Alter durch ein frauenfeindliches Pensionssystem benachteiligt werden und so eher von Altersarmut betroffen sind, stellt für die Kommunalpolitik eine große Herausforderung dar, Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen in ihrem Wirkungskreis umzusetzen.

Unterstreichen kann man diese Erfordernisse noch durch aktuelle Zahlen. 13% der weiblichen Bevölkerung, das sind in Zahlen ausgedrückt 536.000 Frauen, sind in Österreich armutsgefährdet und zirka 200.000 Frauen leben in akuter Armut. Auf die Steiermark bezogen wurden 29.400 Frauen errechnet, die von akuter Armut betroffen sind. 14.170 Frauen sind zur Zeit ohne Arbeit. Der Arbeitslosenanteil liegt um 1,2% höher als bei Männern. Alleinerzieherinnen, Frauen kinderreicher Familien und Pensionistinnen sind besonders darauf angewiesen, dass sich die politischen

Rahmenbedingungen in ihrem Interesse verändern, dass wir als Stadt zur Verbesserung ihrer Lebenssituation beitragen.

Anlaufstelle innerhalb des Magistrats ist das Frauenreferat, und einen wichtigen Stellenwert nimmt die Frauenbeauftragte ein. Die finanziellen und personellen Mittel sind jedoch keineswegs ausreichend.

Hervorheben möchte ich die Vielzahl von Frauenvereinen und –initiativen, die das Leben in der Stadt entscheidend mitprägen und durch ihre Arbeit zu einer Verbesserung der Lebensqualität beitragen. Dazu gehören diverse Beratungsstellen und Anlaufstellen für Hilfesuchende, Selbsthilfegruppen und Einrichtungen, die im Bildungsbereich Angebote setzen. Diese konkrete Frauenarbeit ist jedoch abhängig von öffentlichen Mitteln und insbesondere auch von Förderungen durch die Stadt. Die unsichere Finanzlage, ob Gelder bewilligt, gekürzt oder gestrichen werden und die zermürende Prozedur von immer wieder neu zu stellenden Projektanträgen führt dazu, dass insbesondere kleinere Initiativen darin gefährdet sind, ihr Basisangebot aufrecht erhalten zu können. Die Stadt muss somit auch auf Perspektive ein verlässlicher Partner sein. Es bedarf daher längerfristig gesehen einer finanziellen Absicherung der Fraueninitiativen bei gleichzeitiger Beibehaltung der Autonomie.

Eine wichtige Aufgabe kommt der Stadt auch darin zu, Verbesserungen im Bereich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen zu ermöglichen. Dazu zählen Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten für Kinder jeden Alters in allen Stadtteilen. Auch wenn es im Kindergartenalter viele Plätze gibt, erscheint eine Ausweitung des Angebotes im Kinderkrippen-, aber auch im Hortbereich erforderlich. Und das vor allem weiterhin zu sozial erschwinglichen Tarifen mit kleinen Gruppen, guter pädagogischer Betreuung und Förderung individueller Neigungen durch ein entsprechendes Angebot für kreative und sportliche Betätigungen für die Kinder. Es bedarf auch eines Mehrs an Hilfestellungen für alleinerziehende Frauen und alleinstehende Pensionistinnen.

Eine konkrete Forderung, die von unserer Fraktion schon seit längerer Zeit erhoben wird und vor allem auch den Frauen zugute kommen kann, möchte ich hervorstreichen – die Einführung des Sozialpasses für Menschen mit geringem Einkommen oder Bezügen. Er ist als Lichtbildausweis gedacht, der Behördenwege reduzieren soll. Er garantiert den Bezug des Heizkostenzuschusses sowie die Befreiung vom Grundpreis bei Gas, Strom und Fernwärme, er soll den Nulltarif für die

Grazer Verkehrsbetriebe und freien Eintritt für öffentliche beziehungsweise öffentlich subventionierte Kultur-, Sport- und Bildungseinrichtungen ermöglichen.

Diese hier skizzierten Aufgaben im sozialpolitischen Bereich sind nur ein Bruchteil dessen, was wir als Stadt zu erfüllen haben.

Wichtig ist es, auch vor dem Hintergrund des Budgetdefizits soziale Verbesserungen für die Menschen in unserer Stadt zu setzen. Das mag für einige als illusorisch, nicht realisierbar erscheinen, aber nicht Ratlosigkeit und Resignation sollen das politische Handeln bestimmen, sondern das Setzen politischer Prioritäten. Das bedeutet, dass die angekündigten Sparmaßnahmen nicht zu Lasten der Sozialausgaben gehen dürfen. Denn die Menschen in unserer Stadt müssen bereits jetzt vielfache Belastungen tragen und so manche geplante Gebührenerhöhung und Kürzungen im Sozialbereich würden diese Situation noch weiter verschlechtern.

Zum Abschluss komme ich auf die eingangs formulierte Bemerkung zurück: „Wieviel Spielraum bleibt uns in der Stadt?“ Fazit der derzeitigen Politik ist, dass die aktuelle Zerrüttung der öffentlichen Finanzen maßgeblich das Ergebnis einer bewussten, auf neoliberalen Gedankengut basierenden Steuersenkungspolitik ist, mit dem Ziel, den öffentlichen Sektor zugunsten der Privatwirtschaft zurückzudrängen (*Applaus KPÖ*). Der Spielraum lässt sich verändern und zwar unter der Voraussetzung, dass die Haltung „keine Mehrbelastung für die Wirtschaft“ und „keine Mehrbelastung für den Bund“ durchbrochen wird. Denn die drängenden Zukunftsaufgaben der Stadt – wie zum Beispiel Sicherstellung der Daseinsvorsorge, soziale Sicherheit oder Chancengleichheit für Frauen - lassen sich bewältigen, wenn die staatlichen, aber auch kommunalpolitischen Einnahmen Teil unseres Budgets sind.

Mehr Geld für die Kommunen ist eine wesentliche Grundlage für kommunalpolitisches Handeln im Interesse vieler Menschen in unserer Stadt. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat und liebe Kollegen des Stadtsenates! Das, was ich jetzt sage, soll bitte niemanden dazu verleiten, dass er auch noch den Gemeinderatssaal verlässt, aber ich habe mir erlaubt, im Stadtsenatssitzungssaal für alle, wenn Sie einmal kurz hinausgehen, sich an einer Erfrischung laben können, das heißt, es wird Mohn- und Nußpotize und einiges zum Trinken dort sein.

DIE GRÜNEN – ALG

Gemeinderätin Sigrid B I N D E R

Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es muss ein purer Zufall sein, dass dem Herrn Bürgermeister das gerade vor meiner Rede einfällt, also ich möchte da überhaupt nichts unterstellen, aber den Kolleginnen und Kollegen im Stadtsenatssaal wünsche ich natürlich alles Gute, Prost, lassen Sie es sich schmecken.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Unverständlich.

GRin. **Binder**: Herr Klubobmann, Sie haben vollkommen Recht. Es ist schon erstaunlich, wie heute irgendwie die Stimmung so den Bach hinuntergeht. Die ganze Zeit frage ich mich, was ist eigentlich los mit euch, ihr sitzt da, ihr klatscht brav, wenn eure Fraktion eine Rede hält, dann geht ihr wieder, dann geht ihr wieder süffeln, was ist los mit euch? Irgendwie habe ich mir gedacht,...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Unverständlich.

GRin. **Binder**: Ja, der Herr Piffl-Percevic ist jetzt in Fahrt. Irgendwie habe ich mir gedacht, das muss irgendwas mit dem Stillstand in dieser Stadtregierung zu tun haben, mit dem engen Zusammenrücken beim Stillstand zwischen ÖVP und SPÖ, es bewegt sich nicht wirklich was. Aber, dabei hat sich nämlich unser Finanzstadtrat wirklich bemüht und da muss ich ihm Anerkennung zollen, ich könnte das so nicht,

das Minimalprogramm, das eine Stadt zu leisten hat, das Minimalprogramm als Erfolg hinzustellen, also das ist unglaublich (*Applaus Grüne*). Viele von Ihnen haben von Trendwende gesprochen, sie ist gelungen, die Trendwende mit diesem Budget. Ich habe mir die ganze Zeit gedacht, diese Metapher mit dem Wasser und dem Fluss und dem Aquarium und was weiß ich, was da heute alles gefallen ist, ist ja eh sehr launig gewesen, nur habe mir gedacht, ob allen das Ufer klar ist, auf das hingeschwommen wird, da bin ich mir natürlich jetzt wieder überhaupt nicht sicher, ob das für jene, die die Verantwortung zu tragen haben, auch wirklich klar ist. Dass nämlich die Stadt kein Geld hat, wissen wir eh alle, da sind wir uns einig. Ich denke mir aber, warum die Stadt kein Geld hat, da wird es dann schon ein bisschen komplizierter, nämlich die Einschätzung, die Analyse, warum sie kein Geld hat und vollends kompliziert ist es dann, wenn wir uns die Frage stellen, wie man nämlich aus dieser finanziellen Misere herauskommen. Projekt ist heute präsentiert geworden, ich sehe darin kein Heil für diese Stadt. Wahr ist, dass das Aushungern der Städte und der Kommunen natürlich vielfache Aspekte hat, dass es eine komplexe Geschichte ist, ist auch schon darüber geredet worden. Wir haben erstens kein Geld, weil natürlich in Zeiten der Prosperität die vorigen Regierungen und viele von den heute Anwesenden, vom Bürgermeister angefangen, über diverse Stadträtinnen und Stadträte sind auch damals schon in diesem Parlament gesessen und haben sich an den öffentlichen Geldern bedient, als flöße Milch und Honig. Ja das ist total empörend, aber das ist einfach so. Für diesen Teil des Loches im Budget, und der ist nicht gering, würde ich jetzt einmal meinen, der Teil ist nicht gering, tragen Sie natürlich auch die volle Verantwortung, aber ich weiß, Sie haben gute Mechanismen entwickelt, diese Verantwortung auch wieder abzuschütteln. Braucht man auch, wenn man im Wasser ist und wieder herauskommt, da schüttelt man sich ab, trocknet sich ab und tut dann nach kurzer Zeit so, als wäre man eh trocken und nie im Wasser drinnen gewesen. Aber bitte.

Zweiter Grund: Die triste finanzielle Situation unserer Stadt ist auch ein Teil einer Strategie, bewusst entwickelt, nichts dem Zufall überlassen, die ihre Ideologie hat, und diese Ideologie auch konsequent umsetzt, konsequent als wirtschaftliches Netz des so genannten freien und ungezügelter Marktes und aller damit verbundenen Folgeerscheinungen und diese Folgeerscheinungen, reichen bis in das Atom der Politik auch hinein. Und diese Ideologie hat sich mächtige Instrumente geschaffen,

und da bin ich mir nicht sicher, ob diese Instrumente auch jedem, der hier herinnen sitzt bewusst sind. Diese Instrumente haben nämlich Namen, die heißen: WTO oder IWF oder GATS, die haben Namen wie Lissabon, ich bin gerne in Lissabon, mir gefällt diese Stadt, Maastricht, Petersburg usw. Amsterdam sagt noch der Herr Finanzstadtrat, super danke. Die Spielregeln sind schon weniger vertraut, diese Namen sind uns ja bereits einigermaßen bewusst, aber die Spielregeln sind uns weniger vertraut, wenngleich überall auf der Welt die selben: Der Stadt wird schlecht geredet und wenn ich Stadt sage, meine ich natürlich auch alle anderen Ebenen, die öffentliche Hand, diese Stadt, die Kommunen, sie werden schlechtgeredet und das Private wird hochgelebt. Heute habe ich das hundertmal gehört, es wird heute nicht mehr darüber gesprochen, dass es ein Wirtschaftsversagen gibt, dass es eine Akkumulationskrise, eine gewaltige gibt, heute wird darüber geredet, dass es ein Staatsversagen gibt und das ist der Paradigmenwechsel und diesen Paradigmenwechsel, glaube ich, haben Sie nicht überlegt. Die Spielregeln sind auch Deregulieren, heißt: Privatisieren, heißt Globalisieren und wir auf der untersten Ebene spielen nämlich mit. Und vor all diesen Dingen, bevor das richtig zu greifen beginnt, gibt es eben eine restriktive Finanz- und Steuerpolitik, die im besonderen Maß die Klein- und MittelverdienerInnen belastet. In einem Kommentar von Erich Pramböck, habe ich im Frühjahr vom Herrn Bürgermeister zugeschickt bekommen, bin ich auch sehr dankbar dafür, hält er fest, dass durch die Steuerreform 2004/05 den Gemeinden 6,5% Ertragsanteile entgehen, dass Aufgaben wie Umweltschutzmaßnahmen, Umsetzung von E-Government und, und, und übertragene Aufgabenbereiche finanziell nicht mehr abgedeckt sein werden, ist nicht auf meinem Mist gewachsen, ich zitiere, ich übernehme. Und dass Städte und Gemeinden als Folge der unzähligen Belastungen ihre Haushalte in Zukunft nicht mehr ausgleichen werden können, das ist ein Zitat aus dieser Aussendung von Herrn Pramböck.

Das heißt, in diesem System sind die Städte und Gemeinden das letzte Glied in der Kette und die ersten Glieder derselben, die auch zu brechen beginnen. Aus dem Verteilungskuchen, der immer geringer wird, soll jenes Stück verteilt werden, das dem Großteil der Bevölkerung eigentlich zustehen würde, und genau dieser Teil wird aber immer kleiner, und daher wird auch der Verteilungskampf härter und die Anzahl

jener Menschen, die an den Rand des Existenzminimums beziehungsweise in die Armut gedrängt und gedrückt werden und abgleiten, wird daher auch immer größer.

Und für die steigenden gesellschaftlichen Reparaturkosten müssen wir dann aufkommen, vor allem im Sozial- und im Umweltbereich (*Applaus Grüne*), müssen die Kommunen erhalten und auch zu Recht. Aber wie bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, soll das möglich sein bei der momentanen, unsozialen Politik? Wie soll das möglich sein in einem politischen System, das die Autonomie der Städte immer mehr aushöhlt? Wie soll das möglich sein, wenn die Politik allgemein und die Kommunalpolitik im Besonderen immer mehr ökonomisiert und nicht politisiert wird und die „Sachzwänge“ den notwendigen gesellschaftlichen Ausgleich immer mehr einschränken? Herr Kollege Frölich, die Stadt ist kein Konzern, die Stadt ist auch kein Unternehmen, denn wenn die Stadt ein Konzern und ein Unternehmen wäre, dann würde sie anderen Mechanismen folgen, nämlich sie wäre profitorientiert, jedes Unternehmen kann sich die Produktpalette selber auswählen, das kann eine Kommune nicht und ein Unternehmen entzieht sich in weiten Bereichen öffentlicher Kontrolle, Gott sei Dank. Gott sei Dank ist die Stadt kein Konzern und kein Unternehmen (*Applaus Grüne*).

Wenn Daseinsvorsorge und die Dienstleistungen mehr und mehr der öffentlichen Hand entzogen werden, dann hört der Staat auf, Garant für den sozialen Ausgleich zu sein. Dann ist nicht mehr das Bestreben nach mehr sozialer Gerechtigkeit oder nach höheren Umweltstandards zur Sicherung der Lebensqualität und Wahrung unserer Umwelt auch für zukünftigen Generationen, viele von uns haben Kinder und sollten daher auch sehr, sehr sorgfältig und sehr verantwortungsbewusst mit der Umwelt umgehen. Nach gesicherten Pensionen, der besten Gesundheitsversorgung für alle, der Freiheit der Kunst und der Wahrung der Menschenrechte die politische Priorität, statt der politischen Priorität wird die Marktfreiheit, die Effizienz und die Einzelverantwortung plötzlich in den Mittelpunkt gestellt. Und das, liebe KollegInnen, dürfen wir als verantwortungsvolle Politikerinnen und Politiker nicht zulassen! Sobald nämlich eine öffentliche Dienstleistung als Ware bezeichnet wird, erhält sie auch, und das wissen alle, die sich mit Wirtschaft auseinandergesetzt haben, erhält diese Dienstleistung auch einen wahren Charakter, nämlich Gebrauchs- und Tauschwert

und Tauschwert geht eben über Geld und das verändert natürlich dann auch die Beziehungen zwischen einer Kommune, zwischen einem Staat und den Bürgerinnen und Bürgern.

Das Fatale ist nämlich, dass wir immer mehr vom Solidaritätsprinzip abweichen und sozial- und dienstleistungsorientierte Aufgaben eben gerade als Produkte/Waren definieren und das ist fatal, das hat schlimme Auswirkungen. Wäre es nicht so fatal, könnte ich einer gewissen Faszination gegenüber diesem Paradigmenwechsel beziehungsweise der Art, wie dieser Paradigmenwechsel systematisch durchgezogen wird, über unsere Köpfe, Herzen über alles, durchgestylt bis ins Letzte. Ich erinnere Sie an die Finanzshows des obersten New-economy-Vertreters Grasser. Wenn es nicht so fatal wäre, könnte ich dem fast ein bisschen ein Esprit abgewinnen, aber es ist leider zu fatal.

Das Schlimme an dieser ganzen Umwälzung ist, dass die Menschen, die öffentliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen müssen, denken Sie an das Gesundheitswesen, immer mehr das Gefühl haben, sie sind eine Last für die Gesellschaft geworden, das ist doch unglaublich (*Applaus Grüne*). Das ist eine Tendenz, die ist schrecklich, ein Mensch, der nur dann gilt, wenn er jobfit ist, der auch in seinen Job geht, wenn er krank ist, weil sein Anspruch eigentlich, sein berechtigter Anspruch auf Leistung dieser Gesellschaft im Grund genommen fast wie eine Last oder wie ein Schmarotzer, weil er sich fast wie ein Schmarotzer fühlt.

Was hat das alles mit der Stadtpolitik oder Sparpolitik der Grazer Stadtregierung zu tun? Ich möchte nur ein paar Beispiele noch geben: Die Aufgabenkritik, so viel gerühmt heute, ist auf halbem Weg nämlich stehen geblieben. Sie, in der Stadtregierung haben es nicht geschafft, das Herzstück der Aufgabenkritik, nämlich über die Regierungsperiode hinausdenkend zu analysieren und politisch festzulegen, was die Kernaufgaben städtischer Politik zu sein haben in Zukunft, das vermisse ich nach wie vor. Sie haben einen Teil ihres politischen Handlungs- und Entscheidungsspielraums selber aus der Hand gegeben, wissentlich oder unbewusst, das spielt keine Rolle, denn die Auswirkungen sind dieselben: Politisches Entscheiden und transparentes Handeln werden zurückgedrängt und entziehen sich mehr und mehr demokratischer Kontrolle. Meine Kollegin Lisa Rücker hat in ihrer

Generalrede sehr viel davon gesprochen von der Finanztechnik und Finanzlogik. Das Politische wird immer mehr ökonomisiert und das ist das Schlimme an diesem Paradigmenwechsel. Anstatt umgekehrt mehr Politik wieder zu setzen und mehr dem auch jenen Stellenwert zu geben, der dieser Politik auch gebührt.

Ihre Vorschläge zur Budgetsanierung sind hauptsächlich ausgabenseitig veranschlagt, das ist eh festgestellt worden, auch von Ihnen und sie treffen zielgenau jene Bereiche, die Sie als Stadtregierung besonders schützen müssten, ist auch mehrmals genannt worden, zur Vollständigkeit sage ich es jetzt auch noch einmal: die Kinder. Schulschließungen ohne pädagogische Überlegungen, Sie haben die Krise nicht genützt und den betroffenen..

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Binder:** Na bitte, was haben Sie den sonst gemacht? Die Volksschule Ries, die Volksschule Wieland, die Hauptschule Krones, die..

Zwischenruf Bürgermeisterstellvertreter Ferk: Was steht im Schulentwicklungskonzept?

GRin. **Binder:** Ja, Schulentwicklungskonzept, nachdem die Schulen sich zur Wehr gesetzt haben, Sie laufen aus. Gott sei Dank hat hier der Bürgermeister ein bisschen eine Bewegung hineingebracht. Sie haben die Krise nämlich nicht nützen können und den betroffenen Schulen nicht rechtzeitig die Möglichkeit gegeben, neue Konzepte zu entwickeln, die ihre Standorte sichern hätten können. Ihre Angst vor dem Unmut der Betroffenen, Frau Kollegin, ist so groß, dass Sie glauben,

Schnellschüsse seien weniger schmerzhaft und schneller vergessen, die Bevölkerung...

Zwischenruf Stadtrat Dr. Riedler: Nein, ist nicht wahr.

GRin. **Binder:** Nein ist nicht wahr, sagt der Herr Wolfgang Riedler. Schließung des Kinderbüros, über BürgerInnenbeteiligung wird philosophiert. Da bin ich neugierig, wie es Stadtrat Rüschi dann halten wird. Ich freue mich, ich gehe ja immer von der Lernfähigkeit auch von Stadträten aus, vielleicht wird das wirklich ein Superprojekt. Die Frauen haben wir aber auch schon gehabt, was wird das Nächste sein, was gestrichen wird? Wir haben Streichung vieler Förderungen im Umweltbereich: Bitte über den Umweltbereich und die Streichungen dort ist überhaupt nichts gesprochen worden. Solarenergie wird nicht mehr gefördert, Lärmschutzfenster werden nicht gefördert, Biomasseförderung wird nicht mehr durchgeführt und, und, und. Einsparungen bei den Bibliotheken, nicht Schließung, aber Einsparungen, Einsparungen im öffentlichen Verkehr exemplarisch gesehen, da könnte man noch die Palette erweitern.

Drittens der öffentliche Verkehr: Was ist schade...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Schade, dass du das Sachliche verlassen hast.

GRin. **Binder:** Nein, das glaube ich nicht, aber da kannst du replizieren darauf. Die Arbeitsschwerpunkte für 2004, da hieß es noch im Programm von dir, Gerhard Rüschi, Straßenbahnverlängerungen der Linien 6 und 4. Linie 4 geht auf Schiene,

dank des wirtschaftlichen Interesses von Spar, ist auch gut so, dass der 4-er verlängert wird (*Applaus Grüne*), dagegen haben wir Grüne ja nichts, wir sagen ja auch immer, auf die Schiene mit diesen Dingen. Der lange 6er hat aber schon wirklich eine unendlich lange Geschichte und ich würde mich wirklich freuen, allein der Glaube fehlt mir mittlerweile tatsächlich, weil der Kollege Rüschi hat mir ständig versprochen, hat immer gesagt, wird schon werden, wird schon kommen, ja wir sind ja dabei, ich habe es amüsant gefunden und habe schon einmal gesagt, du hättest haushoch verloren. Ich hätte mit dir wirklich wetten sollen, denn du hast behauptet, in diesem Jahr noch. In diesem Jahr fahren die Bagger für den langen 6-er auf, jetzt ist er angeblich eh konzipiert, ich habe auch ein bisschen nachgeschaut, werden wir sehen, denn das Engagement der BürgerInnen reicht über 20 Jahre, der lange 6er steht auf der Prioritätenliste von Hüsler und auch der Stadt ganz oben. Millionen sind schon in seine Projektierung hineingeflossen. Die Wirtschaftlichkeit ist unbestritten. Aber bitte, ich hoffe, dass es diesmal ernst ist und dass der lange 6er auf Schiene gebracht wird, denn eines muss ich schon sagen, die Menschen brauchen Politikerinnen und Politiker, die zu ihrem Wort stehen, die Handschlagqualität haben und viele von den Menschen draußen in unserer Stadt vermissen auch gerade diese Qualität

Was unsere Stadt braucht, ist nicht ein Sparen beim öffentlichen Verkehr, sondern eine ordentliche Finanzspritze für den Ausbau desselbigen, um den motorisierten Individualverkehr einzudämmen und damit auch die Lebensqualität der Grazerinnen und Grazer zu erhöhen.

Und es entbehrt nicht einer gewissen kabarettistischen Note, wie sich Graz immer wieder neu inszeniert, gerade was die Verkehrspolitik in Graz betrifft. Sie hat sich vor Jahren inszeniert indem sie sich zur Fahrradhauptstadt Österreichs gemacht hat mit Erfolg damals. Mittlerweile sind wir weit überholt und zurückgelassen von anderen Städten. Ich weiß, es gibt jetzt das Fahrradparkhaus am Bahnhof, eine Supersache, wir haben auch begeistert, das erste in Österreich, zugestimmt. Ich weiß auch, dass der Radweg im Zuge des Urban-II-Programms bis zur Gaswerkstraße gebaut wird. Das sind aber Einzelprojekte, was mir fehlt, und da darf ich für meine Fraktion sprechen, was mir fehlt, ist ein Gesamtkonzept, genau das brauchen wir. Es müssen die Lücken geschlossen werden vor allem in den äußeren Bezirken wie Wetzelsdorf, Eggenberg, Straßgang, ich bin dort unterwegs, als Radfaherin ist das eine

Katastrophe. Die Mülltonnen sind überdacht, die Fahrradständer sind hauptsächlich nicht überdacht, also das ist die unterschiedliche Wertung. Die zweite Instenierung: Graz hat sich zur Feinstaubhauptstadt Europas inszeniert. Tausende von Asthmaerkrankungen, Kreislaufferkrankungen, Herzerkrankungen und tausende Tote, als Folge der Feinstaubpartikel in der Luft, eine Folge jahrelanger Versäumnisse. Ich kann darüber relativ wenig schmunzeln, wenn ich an das denke. Der Gemeindeumweltausschuss hat ein umfassendes Programm entwickelt, da steht aber dann in einem Punkt „Bereitstellung von Mitteln zum Ausbau einer Stadtbahn“, was immer darunter zu verstehen ist. Unsere, die Grüne Haltung ist eine klare, war sie immer und wird sie immer sein, es führt kein Weg vorbei an einer Stadtregionalbahn, um die Pendlerströme aufzulösen, funktionierende Modelle gibt es, ich rede von einer Stadtregionalbahn, ich weiß, man hört dann immer wieder ein bisschen schwer zu, mitunter sagen einem Begriffe wie Stadtregionalbahn auch nichts, aber da können wir durchaus einmal ernsthaft darüber reden.

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Binder:** Privatissimum für dich, damit du nachvollziehen kannst, was die Grünen unter Stadtregionalbahn verstehen. Funktionierende Modelle gibt es, es fehlt offenbar am Verhandlungsgeschick, das werfe ich Ihnen jetzt vor von der Stadtregierung, denn wie sonst ist es erklärbar, dass Innsbruck, Salzburg und Linz es geschafft haben, aber Graz nicht.

Vierter Punkt: Die Stadt ist die Verwalterin des Vermögens, das den BewohnerInnen gehört. Sie verwaltet das Vermögen, das eigentlich den BewohnerInnen gehört. Diese BewohnerInnen haben ihr Vermögen der Stadt zu treuen Händen übergeben und was passiert damit? Und da komme ich jetzt noch einmal, ich weiß nicht, ob das eine komische Phrase ist, Herr Finanz.... Was passiert damit? Die Stadtregierung gründete eine Unzahl an Gesellschaften und lagerte Vermögen und Aufgaben in diese aus und schuf damit eine Schattenregierung, die sich der öffentlichen Kontrolle

nicht in dem Ausmaß öffnet, wie es sein müsste. Bitte nachzulesen im kritischen Bericht des Stadtrechnungshofes, ist nicht auf meinem Mist gewachsen, obwohl wir das auch immer gesagt haben und hier noch einmal durch den Bericht des Stadtrechnungshofes bestätigt wurden (*Applaus Grüne*). Die Freunde und die noch besseren Freunde finden sich in diesen Gesellschaften wieder, die Geschäftsführer werden proporzmäßig besetzt und die Gesellschaftsverträge sind unzureichend. Eine der tragenden Gesellschaften ist die GBG mit einem Eigenkapitalanteil von elf Millionen Euro und einer fünfmal höheren Verschuldung. Ist diese GBG, an die der Gemeinderat unter anderem die Kindergärten, die Schulen und die Wälder verkauft hat, ein hochverschuldetes Profitunternehmen geworden? Natürlich wird immer argumentiert, dass alles Vermögen, das in diese Gesellschaft fließt, ohnehin uns gehört, weil die GBG ist ja eine hundertprozentige Tochter von uns. Nur das Problem ist, dass diese Tochter fremdgeht und ihrem Auftrag, zum Beispiel nach Grünlandsicherung, äußerst ungenügend bis gar nicht nachkommt und Grundstücke werden auf den freien Marktpreis gegeben. Die Stadt hätte zwar das Rückkaufsrecht, das ist aber nur theoretische Denkvariante, denn machen wir uns doch nichts vor, die Stadt bleibt, wenn die Finanzpolitik ihren Kurs nicht ändert, unfähig, auch nur die kleinste Liegenschaft zurückzukaufen. Also was bleibt dann, Verscherbeln des Tafelsilbers auf Raten und verdeckt. In diesem Licht betrachtet werden wir auch keine Maßnahmen, die eine Verschlankung der Demokratie, und das ist heute auch so hochgejubelt worden, ich glaube eh vom Kollegen Frölich, werden wir keiner Verschlankung der Demokratie zustimmen.

Weniger Staat, mehr privat ist der falsche Weg. Den Staat marod, ineffizient und unfähig erklären heißt, den Weg für Privatisierungen frei geben und hier schließt sich nun der Kreis: Nicht die Politik wird ausgebaut, sondern ihre Ökonomisierung.

Zum Schluss möchte ich mich noch zur Plattform der steirischen Sozialeinrichtungen beziehen einerseits, hier steht im letzten Absatz, Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Tun wir doch nicht so, als wäre Budgetpolitik etwas Objektives. Budgetpolitik hat im Hintergrund bestimmte Ideologien und machen wir uns bitte nichts vor, seien wir doch wenigstens so ehrlich und führen wir die Analyse. Vor diesem Hintergrund, sagt diese Plattform appellieren wir an Sie als verantwortliche Mitglieder Stadtregerung und des Gemeinderates dringlichst kein Budget zu beschließen, das einen Abbau der angesprochenen Leistungen vorsieht und die ARGE Luft/Lärm stellt

noch dazu folgende Forderungen: Errichtung der Innenstadtentflechtung, habe ich nicht gelesen im Programm von Stadtrat Rüschi für 2005, massive Ausdehnung der blauen Zonen bis an den Stadtrand, extrem notwendig, Einführung von ÖV-Kombitarifen, Nutzung der rechtlichen Möglichkeiten zur Einhebung einer Verkehrsanschlussabgabe und Nutzung des Feinstaubfonds für wirksame Projekte.

Aus den vorgetragenen Gründen, fällt es den Grünen überhaupt nicht schwer, diesem Budget keine Zustimmung zu geben (*Applaus Grüne*).

FPÖ

Gemeinderätin Mag. Maxie URAY – FRICK

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich der Stadtregierung meine Hochachtung ausdrücken, dass es noch nicht gelungen ist, diese Bank hier leer zu fegen, im Gegensatz zu dem Gemeinderatsplenum sozusagen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Wir alle wissen, dass es kein Leichtes ist, hier im Hause überhaupt ein Budget zustande zu bringen und diese Metapher heute mit dem Wasser hat mir gezeigt, dass man sich bewusst ist, dass uns das Wasser offensichtlich bis zum Hals steht. Und ich hoffe, lieber Wolfgang Riedler, du wirst mit dem Anzug nicht abtauchen. Auch wenn die Freiheitlichen diesem Budget nicht zustimmen, so möchte ich doch einige Dinge ein bisschen differenzierter betrachten, gehöre ich doch zu jenen, die auch in der Vergangenheit hier verantwortlich tätig waren. Sie alle wissen, dass ich nicht zu jenen gehöre, da unterscheide ich mich von meiner Fraktion, die meinen, dass uns das Kulturhauptstadtjahr sozusagen finanziell das Genick gebrochen hat; meiner Meinung kann man es noch so oft wiederholen, auch aus dem Stadtrechnungshof lese ich das nicht heraus.

Tatsache ist aber, dass wir gewusst hätten, wir haben schon gewusst, dass die finanzielle Situation eine nicht allzu rosige ist, aber wenn wir gewusst hätten, wie ernst es wirklich ist, dann hätten wir, glaube ich, das eine oder andere Bauwerk nicht gebaut. Es geht ja nicht nur um die Baukosten, sondern es geht auch um die Folgekosten. Und wir wären sicher auch Kulturhauptstadt geworden ohne eine Stadthalle oder ohne eine List-Halle, es ist ja ganz egal, welche Gebäude man hier nimmt, ohne dass das Ansehen der Stadt geschmälert worden wäre. Auch ich muss eingestehen, dass in der Euphorie des Kulturhauptstadtjahres gravierende Fehler passiert sind, die uns jetzt natürlich auf den Kopf fallen. Die Andrea Sickl hat in ihrer Rede diese Verträge mit dem 03-Haus angesprochen, wo wir eine lange Bindung eingegangen sind, aus der wir nicht herauskommen. Die List-Halle,

die dem Steirischen Herbst umgehängt wurde, weil wir da einfach zu optimistische Kostenberechnungen bekommen haben, denen wir aufgesessen sind, bringt den Herbst arg in Bedrängnis; ich hab mich von der Euphorie nicht wirklich mitreißen lassen, aber ich habe natürlich auch diesen Berechnungen, blauäugig muss man sagen, die offensichtlich ins Blitzblaue formuliert wurden, dieser Facibilitystudie geglaubt. Wenn man es aber ganz emotionslos und ehrlich betrachtet, so ist das, was die wirklich in Schwierigkeiten gebracht hat, die Tatsache, außer diesen Dingen, die von diesen Parametern, die von einer Kommune ja nicht zu beeinflussen sind, die haben wir heute schon oft genug gehört. Aber in Wirklichkeit hat diese Stadt schon lange über ihre Verhältnisse gelebt und hat es verabsäumt, Vorsorge für schwierige Zeiten zu treffen, so ein bisschen nach dem Motto: „Verkauft´s mei Gwand, i fahr in Himmel“. Ich kann natürlich den Bürgermeister als Finanzreferenten der vorigen Periode hier nicht aus der Verantwortung lassen, aber es trifft nicht nur ihn, sondern natürlich auch bereits seine Vorgänger; der Wolfgang Messner, der ja nicht der ÖVP angehörte, soviel ich mich erinnere, hat mit diesen groß, angelegten Leasingpaketen begonnen. Ich gebe schon zu, dass auch ich als ehemalige, wenn auch nur relativ kurz in dieser Verantwortung stehende Stadträtin, ein Stück diesbezüglich Verantwortung mitzutragen habe, aber es ist wirklich nur ein sehr kleines Stück dieser Verantwortung.

Und ich möchte jetzt, das ist heute auch schon oft angesprochen worden, aber ich möchte zu dem Thema kommen, und wie geht die jetzige Regierung jetzt dieses Problem an.

Man hätte sich erwarten können, und ich war trotz meiner fast 30-jährigen Tätigkeit in der Politik zeitweise naiv genug, um zu glauben, dass es möglich ist, ohne Rücksicht darauf, in welchem Ressort diese Dinge ressortieren, gemeinsam darauf einigt, welche Aufgaben, das ist so ähnlich der Zugang wie bei den Grünen, welche Aufgaben man wirklich als Kernaufgaben einer Stadtverwaltung betrachtet. Aber es ist wahrscheinlich gar nicht so verwunderlich, dass es eben nicht wirklich möglich ist, die Parteibrille abzulegen und sich sachlich damit auseinander zu setzen. Die Schließung von Schulen ist sichere in katastrophales Signal an eine Gesellschaft, in der Familie ohnehin keine Priorität mehr hat, es findet jetzt Gott sei Dank nicht statt, aber wenn so etwas stattfinden sollte, dann können solche Dinge nur lang vorbereitet sein, damit sich die Eltern auch darauf einstellen können.

Und das die Form der Konzentrationsregierung mit der KPÖ als „Mich-geht-das-alles-nix-an-Fraktion“ in der Regierung auch zu dieser Misere beiträgt, das wissen wir ohnehin und ist auch heute schon einige Male gesagt worden (Applaus FPÖ). Ich möchte gar nicht auf diesen Flop der Volksbefragung eingehen, ist alles heute schon oft genug gesagt worden.

Aber liebe Freunde von der KPÖ, ihr werdet auch einmal verstehen müssen, dass Ausgaben für Sozialprojekte irgendwo erwirtschaftet werden müssen. Ich meine, dieses Geld, das die Stadt ausgibt, muss irgendwo hereinkommen und ihr seid immer dann dagegen, wenn es darum geht, irgendwie Mittel einzusetzen für Umwegsrentabilität usw. Also das wird auf Dauer nicht gehen und in Wirklichkeit, lieber Ernest, bist du dort, wo du Verantwortung trägst, ein Statiker und alles eher als kreativ (*Applaus FPÖ und Teile ÖVP*).

Und in der so genannten Arbeitskoalition, oder wie immer das heißt, hat man auch sehr oft den Eindruck, dass es darum geht, wenn jetzt die Tatjana Kaltenbeck dem Doku die Subventionen streicht, dann muss auch die ÖVP in einem ihrer Ressort ordentlich bluten, in Wirklichkeit sind's aber die BürgerInnen und nicht die einzelnen Parteien, die hier Ader lassen müssen. Bei aller Notwendigkeit von Frauenpolitik wird die Streichung der Subvention für das Doku einer Hand voll Frauen auffallen, aber in Wirklichkeit sonst keinen kratzen, während die Schließung von Schulen, wenn überhaupt erforderlich, schon eine andere Qualität hat.

Auch wenn neue kostenlose Serviceleistungen angeboten werden, so ist das für Bürger erfreulich, das ist ja gar keine Frage, wenn aber dann auf der anderen Seite Gebühren erhöht werden, damit diese Leistungen überhaupt noch finanzierbar sind, dann hat das mit Sachlichkeit wenig zu tun, es gibt halt jetzt keine Zuckerln zu verteilen, damit müssen wir und auch die Grazerinnen und Grazer sich abfinden!

Ich bekenne mich aber dazu, dass wir dort Service anbieten müssen, wo wir in Konkurrenz zu anderen Städten und Gemeinden stehen. Wenn in Graz Bau- und Gewerbebewilligungen rasch und konzentriert, also wenn in Graz das möglich ist

oder so gestaltet wird, dass das konzentriert abgewickelt werden kann, so bedeutet das eine wirtschaftliche Basisqualität. Wenn aber der Standesbeamte ins Krankenhaus kommt, ist das eine nette Geste, eine tolle Serviceleistung in Zeiten, wo man Schulen und Tröpferlbäder zusperren will, ist aber auch die Kostenseite zu hinterfragen.

Nach der Klausur am Schloßberg oder wo immer die war, weiß ich jetzt nimmer, wurden Einsparungsziele bekannt gegeben in den Medien veröffentlicht, die mich so ein bisschen an den „Brief ans Christkind“ erinnert haben, denn ich bin zwar keine gute Rechnerin, ob mit oder ohne Pisa, ich war das nie, waren es 70 Millionen, die am aktiven Personal eingespart werden sollten, da waren die strukturbedingten Pensionierungen oder die Einzelpensionierungen nicht mitgerechnet. Es sind immerhin 22,7 Millionen geworden, was ein großer Brocken ist, wo der Personalvertretung und den Kolleginnen und Kollegen zu danken ist, aber es ist natürlich ein wesentlich geringerer Betrag als großmundig angekündigt und viel wird dort auch nicht mehr zu holen sein, nehme ich an.

Man kann ein paar Mal noch Grundstücke verkaufen, man kann die letzten Reserven einsetzen, dann ist man aber bald am Ende der Fahnenstange angelangt.

Dieses vorliegende Budget beinhaltet unsere Auffassung nach kein in die Zukunft weisendes strukturiertes System von Einsparungen, sondern ist ein quer durch den Gemüsegarten Herunterstreichen, mitunter massiv an den Bedürfnissen der Grazerinnen und Grazer vorbei.

Daher ist das dezidierte „Nein“ der freiheitlichen Fraktion zu diesem Budget einfach eine logische Konsequenz (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 17.30 Uhr den Vorsitz.